

AntragsstellerInnen: Dennis Neuendorf, Peter Svejda, André Wichmann (GJ Stuttgart), Lavinia Steiner (GJ Schwäbisch Gmünd), Lucas Gerrits, Tim Gerrits (GJ Rems-Murr)

Energie, Verkehr und Wirtschaft in Baden-Württemberg

5 **1 Klimaschutz als Notwendigkeit**

Der Umwelt- und Klimaschutz ist nach wie vor die größte Herausforderung für unsere und alle kommenden Generationen. In diesem Zusammenhang besteht im Bereich der Energie- und der Verkehrspolitik und damit im automobil- und industriegeprägten Baden-Württemberg insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik sicherlich der größte Handlungsbedarf. Mit einer einseitigen Festlegung auf vereinzelte Forschungsentwicklungen ist niemandem gedient. Es ist unsinnig, wenn die Automobilindustrie die rückwärtsgewandte Weiterentwicklung fossiler Antriebe forciert und sich mit Kurzarbeit und staatlichen Bürgschaften über die gegenwärtige und die kommende Absatzkrise konventionell betriebener Automobile retten will, stattdessen müssten Entwicklungen im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte – und Technologien massiv gefördert werden. Ebenso problematisch ist die Situation in der Energiewirtschaft, wo EnBW trotz neuer Gesetze und Richtlinien zur Wettbewerbsregulierung weiter große Gewinne zu Lasten der Kunden erzielt und sich selbst kaum für eine angemessene Modernisierung und den Ausbaus der Stromnetze bzw. den Ausbau Erneuerbarer Energien einsetzt.

Nachhaltiger ist hingegen ein umfassender Ansatz, in dem unser Verhältnis zur Mobilität, die Versorgung unserer Gesellschaft mit den verschiedenen Formen von Energie und die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg unter dem Gesichtspunkt der Ökologie neu zusammengefasst wird.

Es ist uns dabei auch vor dem Hintergrund der gescheiterten Verhandlungen in Kopenhagen wichtig, dass eine ambitionierte Politik auch bei internationalen Problemstellungen auf nationaler und regionaler Ebene handlungsfähig bleibt und zielorientiert agiert. Die Verbesserung des Klimaschutzes ist für uns nicht nur ein ethisch notwendiges Handlungsziel, sie stellt gleichzeitig in wirtschaftlicher Hinsicht eine Investitionsmöglichkeit dar und wird umso rentabler, je drängender die Probleme anderer Nationen in diesem Bereich werden. Das wiederum entbindet Deutschland und Baden-Württemberg nicht davon, eine engagierte Entwicklungspolitik zu betreiben und daneben andere Staaten auf ihre eigene Verantwortung hinzuweisen - eine konsequente Änderung der Energie-, der Wirtschafts- und der Verkehrspolitik in Baden-Württemberg ist für uns aber die erste pragmatische Antwort auf die globale Klima-, Umwelt- und Wirtschaftskrise und muss in den kommenden Jahren dringend forciert werden.

2 Erneuerbare Energie für Baden-Württemberg

35 2.1 Wärme

Die Wärmeerzeugung ist in Baden-Württemberg für etwa 30% des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Es ist klar, dass die Emissionen dieses Sektors deutlich gesenkt werden müssen, damit eine CO₂-Reduzierung um 90% bis 2050 realistisch ist.

40 Eine Möglichkeit dazu ist der Einsatz Erneuerbarer Energien. Bis 2020 hat sich Deutschland dazu das Ziel gesetzt, 14% des Wärme-/Kältebedarfs aus Erneuerbaren Energien zu decken. Bundesweit wurden dazu das Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz (EEWärmeG, "Wärmegesetz") und die Energieeinsparverordnung (EnEV) eingeführt. Beim EEWärmeG müssen (bis auf einige Ausnahmen) alle Neubauten 15%-50% % des Wärme-Kältebedarfs aus Erneuerbaren Energien decken., abhängig von der Art der eingesetzten Technologie. Wer keine Erneuerbaren Energien einsetzen will, kann
45 andere Klima schonende Maßnahmen ergreifen: Eigentümer können ihr Haus stärker dämmen, Wärme aus Fernwärmenetzen beziehen oder Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplung nutzen. Die EnEV dagegen betrifft die Wärmedämmung, wobei bei einem Neubau eine bestimmte Primärenergiebedarfsobergrenze eingehalten werden muss . Hierbei gibt es genau definierte Berechnungsverfahren.

50 Baden-Württemberg hat als einziges Bundesland zusätzlich das Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz (EWärmeG BW), das für bestehende Bauten im Sanierungs- bzw. Umbaufalls einen mindestens 10 prozentigen Einsatz Erneuerbarer Energien bzw. entsprechende Maßnahmen vorschreibt. Sowohl für das EEWärmeG als auch für das EWärmeG BW sieht die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg die ökologischen Ziele als deutlich zu niedrig gesteckt, und fordert eine Neufassung bzw.
55 Erweiterung des EWärmeG BW in der Weise, dass bei Neubauten 80% des Wärmebedarfs aus Erneuerbaren Energien (oder vergleichbare Maßnahmen) und bei Komplettrenovierung von bestehenden Bauten 50% des Wärmebedarfs aus Erneuerbaren Energien (oder vergleichbare Maßnahmen) erzeugt werden müssen. Diese Zahlen kommen wie folgt zustande: In Baden-Württemberg werden knapp 30% der CO₂-Emissionen durch die Wärmeerzeugung verursacht, wobei dabei
60 von Gebäuden, die vor In-Kraft-Treten der 3. Wärmeschutzverordnung, also vor 1995 gebaut wurden, ca. 90% ausgehen. Setzt mensch für diese 90% ein Reduktion von insgesamt 50% (durch Einsparung und Einsatz Erneuerbarer Energien) an (bis 2050), so schafft mensch eine Reduktion von $30\% \cdot 90\% \cdot 50\% = 13,5\%$ des gesamten CO₂ Ausstoßes. Angenommen, mensch würde es schaffen, die beiden Sektoren Verkehr und Strom im CO₂-Ausstoß um je 100% zu reduzieren, würde mensch
65 insgesamt eine Reduktion $70\% + 13,5\% = 83,5\%$ gegenüber 1990 erreichen (ohne Verrechnung von Abrissen und Neubauten). Die langen Renovierungszyklen bei Gebäuden, die sich über Jahrzehnte strecken, verlangen schon heute solch ehrgeizigen Klimaschutzziele. Wird ein Gebäude heute grundsaniert, ist damit zu rechnen, dass die nächste Grundsanierung erst nach 2050 wieder anfällt. Bei neuen Gebäuden muss der Grundsatz herrschen, dass Planung und Architektur an den Energie-
70 bedarf des Gebäudes angepasst werden und nicht umgekehrt.

Des Weiteren soll bei sonnenbeschienenen Neubauten bzw. bei Grundsanierungen von sonnenbeschienenen bestehenden Bauten eine Verpflichtung gegenüber dem Bauherren bzw. Eigentümer geschaffen werden, dabei für die spätere thermische oder photovoltaische Nutzung von Solarener-

75 gie entsprechende grundlegende Voraussetzungen zu schaffen, d.h. eine geeignete Dachkonstruktion, die Führung von geeigneten Schächten und Rohren usw. vorzunehmen. Das EEWärmeG stellt es zudem Gemeinden frei, bei Gebäudeneubauten eine Nutzung der Fernwärme vorzuschreiben. Hierbei ist die Landesregierung aufgefordert, diese Möglichkeit gegenüber den Kommunen stärker zu betonen und in das EWärmeG BW eine Vorschrift zur Nutzung von Wärmenetzen aufzunehmen. Damit greift die GRÜNE JUGEND eine Forderung des Statusberichts des Klimaschutzkonzepts 2010
80 des Landesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr auf, der im Hinblick auf die Klimaschutzziele "weitere Anstrengungen [...] insbesondere im Gebäudebestand" (S.12), fordert.

Dringend notwendig scheint im Bereich der erneuerbaren Wärme auch der Beratungsbedarf. So müssen regionale Erneuerbare Energie-Agenturen gestärkt werden und deren meist privatwirtschaftlicher Betrieb auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Ein Startkapital für die
85 Agenturen alleine reicht nicht aus. Eine Zertifizierung/Akkreditierung von Erneuerbare Energie E-Agenturen und Handwerksbetrieben nach ökologischen Standards und verpflichtende Weiterbildungen für MitarbeiterInnen erscheint als besonders sinnvoll, um der Bevölkerung die Chancen nachhaltiger Energieerzeugung und optimierten Energieverbrauchs seriös nahezubringen und kompetente Überzeugungsarbeit für den Einsatz neuer Technologien zu leisten, da hier noch oftmals
90 Ressentiments herrschen. In diesem Zusammenhang muss auch in der Lehre an den weiterführenden und an den Berufsschulen ein deutlicheres Gewicht der Wissensvermittlung um die Energie eingeräumt werden. Die Agenturen könnten auch als Vermittler zwischen Bauherren und Handwerksbetrieben und Wirtschaft fungieren und beide Seiten mit entsprechender Fachkompetenz beraten. Für die Überprüfung der Einhaltung von Erneuerbare Energie-Gesetzen und der Qualität
95 der ausgeführten Arbeiten müssen ausreichend MitarbeiterInnen zur Verfügung stehen, die konsequent Neubaustellen und Sanierungen mit einer hohen Stichprobenrate begutachten (mindestens 5% Stichprobenrate). Verstöße sollen in Zukunft als Ordnungswidrigkeit mit Bußgeld geahndet werden.

2.2 Strom

100 Laut aktuellem Statusbericht des Klimaschutzkonzeptes 2010 der Landesregierung ist der Stromverbrauch der privaten Haushalte in Baden-Württemberg von 1990 bis 2007 "konstant um insgesamt 36%" gestiegen, "der Stromverbrauch pro Person stieg von 1990 bis 2007 um 23 Prozent." Laut Statusbericht liegt die Ursache in den Trends zu mehr Wohnfläche pro Person und den gestiegenen Komfortansprüchen. Als Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzuwirken, wurden in dem
105 Bericht lediglich Beratungs- und Informationsangebote genannt. Die Verantwortung über Effizienzrichtlinien bei technischen Produkten läge bei der EU und beim Bund. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die Landesregierung aber dazu auf, sich bundes- und EU-weit für deutlich schärfere Effizienzrichtlinien und das sogenannte Top-Runner-Prinzip bei technischen Geräten einzusetzen. Hierbei bestimmt das effizienteste Produkt auf dem Markt die Effizienzvorgaben für die
110 konkurrierenden Geräte nach Ablauf einer Frist. Im Bereich der intelligenten Stromzähler, die den Stromverbrauch eines Gebäudes zeitlich transparent machen und die seit 2010 bei Neubauten und grundsanierten Häusern Pflicht sind, muss im Sinne der Verbrauchertransparenz auf verbindliche technische Standards und den Datenschutz geachtet werden. Eine Aufschlüsselung nach Einzelverbrauchern (elektrische Sicherungen) sollte dabei als Standard angesetzt werden. Idealerweise ist

115 der Besuch des Dienstleisters im Haus zum Ablesen des Stromzählers auch die Gelegenheit, nied-
rigschwellig eine Energieberatung anzubieten. Hierfür muss also geschultes Personal eingesetzt
werden. Es gilt allerdings, dass große Energiekonzerne kaum ein Interesse haben, dass ihre Kunden
Energie einsparen, reduzieren sich hierdurch ja die eigenen Gewinne. Ein rein betriebswirtschaft-
lich geführtes Unternehmen besitzt hier also aus unserer Sicht einen Nachteil gegenüber einer In-
120 stitution eines kommunalen Stadtwerks, in dem der erzielte Gewinn politisch bewertet wird.

Das Energiekonzept 2020 der Landesregierung sieht vor, den Anteil der Erneuerbaren Energien an
der Stromerzeugung auf mindestens 20 Prozent bis 2020 zu steigern - der Bund auf mindestens
30% . Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert, dass das Land bis 2020 seinen Rückstand
nachholt und sich mit 40 % Erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung ein ehrgeizigeres Ziel
125 als der Bund setzt. Die Verhandlungen in Kopenhagen zu einem Post-Kyoto-Protokoll haben ge-
zeigt, dass die von der EU angebotene 30%-Reduktion mit einer Koppelung an Gegenleistung nicht
als ausreichende Verhandlungsbasis bei den Entwicklungsländern angesehen wurden. Eine eigen-
ständige Erhöhung der EU Reduktionsziele wäre die richtige visionäre Antwort. Insbesondere sind
auslaufende AKW ausschließlich durch Erneuerbare Energien zu ersetzen, die notfalls im Ausland
130 zugekauft werden müssen.

Genehmigungsverfahren für Grundlastgroßkraftwerke und Laufzeitverlängerungsgenehmigungen
für AKW sind abzulehnen. Grundlastkraftwerke spielen in einem zukünftigen Strommix, der zu min-
destens 95% auf EE basiert keine Rolle mehr, da eine flexible Anpassung eine niedrigen Angebotssi-
tuation an eine hohe Nachfrage notwendig sein wird. Kohle- und Atomkraftwerke haben lange An-
135 fahr- und Ausschaltzeiten, und somit als Ausgleich für das schwankenden Angebot von Erneuerba-
ren Energien wie Wind und Sonne nicht geeignet. Außerdem birgt jede Leistungsanpassung eines
AKW ein besonderes technisches Sicherheitsrisiko – ähnlich wie das Starten und Landen eines
Flugzeugs. Selbst wenn ausreichende Energiespeicher zur Verfügung stehen, ist eine Speicherung
ausschließlich von regenerativer Energie natürlich sinnvoller. Im Bereich der Stromnetze und Ener-
140 giespeicherung sind noch große Anstrengungen notwendig. Bei der Speicherung ist die Technik
schon auf einem guten Weg. Energiespeicher wie Pumpspeicherkraftwerke und Solarthermie sind
dabei schon marktfähig und erfüllen die Ansprüche an die Flexibilität, allerdings stehen sie noch
nicht in ausreichender Quantität zu Verfügung. Bei den Stromnetzen werden vor allem bessere
Hochleistungsnetze (Hochspannungsgleichstromübertragung) für den Transport von Windenergie
145 aus den windreichen nördlichen Bundesländern nach Baden-Württemberg notwendig. Sowohl die
Bundes- als auch die Landesregierung haben es verschlafen, in konjunkturell schwierigen Zeiten
(und damit preistechnisch günstigen Zeiten) ein großes Infrastrukturprogramm für das 21. Jahrhun-
dert aufzulegen und die Hochleistungsstromnetze insbesondere in Nord-Süd-Richtung massiv aus-
zubauen. Dieses Versäumnis muss so schnell als möglich nachgeholt werden – jetzt, da schon die
150 ersten Offshore-Windparks ans Netz gehen und weitere im Abschluss der Planungen sind.

Kohle- und besonders Atomkraftwerke sind als verzögernd reagierende Grundlastkraftwerke u.a.
aus den oben genannten Gründen im Zeitalter Erneuerbarer Energieuntauglich und auch technisch
nicht für die Bereitstellung wechselnder Leistungen geeignet. Bezüglich der Laufzeitverlängerung
von Atomkraftwerken soll die Landesregierung sich gegen Laufzeitverlängerungen einsetzen, und

155 stattdessen den Ausbau dezentraler, kleiner Erneuerbarer-Energie-Anlagen unterstützen, die in direkter Konkurrenz zum heute billigen (für kommende Generationen teuren) Atomstrom stehen.

Windkraft: In Baden-Württemberg deckt Windkraft etwa 0.8 % der Stromproduktion. Im benachbarten Rheinland-Pfalz sind es 7%. Das Land soll seine Anstrengungen im Ausbau der Windkraft durch besonders zinsgünstige Kredite der LBBW massiv erhöhen und geeignete Flächen als „Vorbe-

160 haltsgebiete“ ausweisen, anstatt ein Gebiet entweder nur als "Vorranggebiet" oder "Ausschlussgebiet" zu definieren. Die Politik des Ex-Landeschefs Teufel, der nicht nur einmal vor einer „Verspargelung der Landschaft“ warnte, darf nicht die Blaupause für seinen politischen Ziehsohn sein, gerade die hügelige Topographie des Schwarzwalds und der Schwäbischen Alb birgt große Potentiale für die Windkraft. Bei geplanten Neubau- oder Gewerbegebieten muss geprüft werden, ob sie

165 einem potenziellen Windkraftstandort entgegenstehen. Im Zweifelsfall muss der Windkraft Vorrang gegenüber dem Neubau- bzw. Neu-Gewerbegebiet eingeräumt werden. Beim Bau neuer Anlagen sollen begleitende Studien stattfinden, die die ökologischen Auswirkungen der Windkraftanlagen untersuchen. Nichtsdestotrotz müssen gerade wir Grüne uns eingestehen, dass wir am Aufbau einer leistungsfähigen Windenergieproduktion nicht konfliktlos werden vorbeigehen können. Was

170 landesweit ökologische Vorteile bietet und unsere Energieversorgung zukunftsfähig macht, sorgt lokal für ökologische wie auch touristische Verwerfungen. Die GRÜNE JUGEND schlägt daher vor, dass diese zu erwartenden Nachteile in wirtschaftlicher Hinsicht durch ein Transferzahlungsmodell ausgeglichen werden und in ökologischer Hinsicht die Auswirkungen so gering als möglich gehalten werden sollen. Beim Bau neuer Anlagen sollen demzufolge begleitende Studien stattfinden, die

175 die ökologischen Auswirkungen der Windkraftanlagen untersuchen. Dennoch müssen auch wir konstatieren, dass wir ohne schädliche Auswirkungen auf die Umwelt unseren Energiebedarf nicht werden stillen können – auch bei großer Sparsamkeit.

Zur Förderung der Erneuerbaren Energie sollen alle Gebäude des Landes nach Ablauf bestehender Konzessionen und Verträge in Zukunft zu 100% mit Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien versorgt werden; Versorgen die Gebäude sich nicht selbst, sollen kleine Ökostromanbieter mit eigenen Anlagen hierbei bevorzugt als Versorger gewählt werden. Den Ankauf und Import von Ökostrom aus dem Ausland befürwortet die GRÜNE JUGEND unter der Bedingung, dass eine Monopolisierung der Versorgung durch geeignete Rahmenbedingungen, Verträge, Trennung zwischen Netzbetrieb und Erzeugung und entsprechende konsequente Ahndung von Vergehen ausgeschlossen ist, die exportierenden Staaten eine eigenbedarfdeckende, ausschließlich auf Erneuerbare Energien basierende Energieerzeugung aufweisen und die Standards des Fairen Handels und der ökologischen Verträglichkeit eingehalten und durch eine unabhängige Institution regelmäßig geprüft werden. Sind diese Kriterien gegeben, soll die Landesregierung eigene, private und privatwirtschaftliche entsprechende Vorhaben politisch unterstützen .

190 Die "Carbon Capture and Storage"-Technologie soll nicht weiter verfolgt und unterstützt werden, denn der Ausgang der Forschungsarbeiten ist bisher nicht erfolgversprechend, die dauerhafte, langfristige Speicherung in großem Maßstab technisch bisher nicht kontrollierbar ist und das mögliche Risiko entweichenden Kohlenstoffdioxids als zu groß einzuschätzen ist. Daten und Ergebnisse zu verbleibenden nicht-staatlichen Testprojekten außerhalb von Gebäuden sollen öffentlich zugänglich sein.

195

Die landesgeförderte kerntechnische Erforschung neuer Reaktortypen ist unverzüglich einzustellen. Atomarer Abfall aus der Stromproduktion für Baden-Württemberg soll auch hier zwischengelagert werden und im Hinblick auf gescheiterte Endlagersuchprojekte wie Gorleben auch eine neue objektive, ergebnisoffenen Endlagersuche in Baden-Württemberg gestartet werden. Damit kommt das Land seiner Verantwortung nach, zu der es durch seine extensive Nutzung der Kernenergie verpflichtet ist.

2.3 Renaissance der Stadtwerke

Die GRÜNE JUGEND begrüßt ausdrücklich den momentan anhaltenden Trend zur Wiedergründung von Stadtwerken in kommunaler Trägerschaft. Ein massives energiepolitisches Problem in Deutschland ist das Oligopol der vier großen Anbieter auf den Strom, Gas und Fernwärmemarkt und dessen negative Auswirkungen auf die Innovationskraft der Branche. Durch die Formierung eines fünften kommunal organisierten Konkurrenten in diesem Bereich kann sowohl bei der Tarifgestaltung, als auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien aus unserer Sicht progressiv Energiepolitik gestaltet werden. Vier große Bereiche gilt es in Zukunft von leistungsfähigen Stadtwerken abzudecken: Die Erzeugung der Energie, den Vertrieb dieser, die Serviceleistung rund um die Energie und die Netzverwaltung.

Im Bereich der Erzeugung erneuerbarer Energie müssen, wie schon beschrieben, sowohl im Ausbau der Windkraft als auch bei der solaren Produktion auf geeigneten Dächern neue Maßgaben gemacht werden. Im Grundsatz gilt dahingehend die Prämisse, dass eine lokale Energieproduktion aufgrund entfallender Leistungsverluste durch einen langen Transport vorzuziehen ist. Gerade in Baden-Württemberg werden wir aber akzeptieren müssen, dass unser gesamter Energiebedarf nur schwer durch eine Produktion vor Ort erzeugt werden kann. Daher darf es kein Tabu sein, große Offshore-Anlagen im Norden oder große solare Standorte im Süden im Aufbau durch die Bereitstellung von Kapital durch kommunale Gesellschaften zu unterstützen. Weiterer Handlungsbedarf besteht in der Ausweitung der Kraft-Wärme-Kopplung, die von kommunalen Stadtwerken aufgrund der genauen Ortskenntnis und der kommunalen Hoheit über städtebauliche Maßnahmen besonders effektiv unterstützt werden kann. Gleiches gilt für das Modell der Blockheizkraftwerke.

Der Vertrieb von Energie ist insofern relevant, als dass es dem Kunden tariflich erleichtert werden soll, auf den Bezug von rein regenerativer Energie umzusteigen. Dies ist mit der Erzeugung regenerativer Energie untrennbar verbunden. Auf der Leipziger Strombörse wird Strom an- und verkauft, es gilt das Prinzip von Angebot und Nachfrage. Um für den Verbraucher erneuerbare Energien attraktiver zu machen ist es also zum einen notwendig den Ausbau von EE durch die Stadtwerke zu forcieren. Eine große Chance sowohl für die Kommune, als auch für die kommunal organisierten Stadtwerke bietet sich zum anderen aber auch in den so genannten In-house-Geschäften, bei der die Stadt die Vergabe ihres Energiebedarfs an die von ihr selbst kontrollierten Stadtwerke vergibt, um gleichzeitig die Marktmacht der vier großen player zu reduzieren und die eigenen Werke schon einmal wirtschaftlich auf solidere Standbeine zu stellen. Das bedeutet aber auch, dass an den Stadtwerken kein privatwirtschaftliches Unternehmen beteiligt sein darf. Kooperationen von zu gründenden Stadtwerken mit solchen Partnern (wie z.B. der EnBW) schließen wir daher katego-

235 risch aus, Kooperationen mit anderen Stadtwerken zur Bildung eines größeren Verbunds begrüßen wir hingegen ausdrücklich. Stadtwerke sollen zudem für die Bürger transparent organisiert sein, um gemeinwohlschädigende Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft von vornherein auszuschließen, wie sie derzeit auf Bundes-, Landes-, Regional- und Kommunalebene in der Energieversorgung massiv bestehen.

240 Eine weitere Chance zur Reduzierung des Strombedarfs sehen wir in den zu erbringenden Serviceleistungen der Stadtwerke. Für die Kommune bietet sich die Chance, Energie nicht mehr rein als betriebswirtschaftliche Größe zu betrachten und insofern politisch zu agieren. Dadurch wirkt das Primat der Politik in umgekehrter Weise auch auf den Stromverbrauch. Rein kommunale Stadtwerke sollen unserer Ansicht nach nicht allein dem Gewinn verpflichtet sein, sondern es als Aufgabe
245 sehen den Energieverbrauch dauerhaft zu senken. (z.B. durch Energieberatung beim Ablesen der Stromzähler). Daher betrachten wir die Organisationsform der AG als ungeeignet für die Etablierung kommunaler Stadtwerke. Politisch handelnde Stadtwerke können allein als kommunaler Eigenbetrieb oder GmbH realisiert werden, die auch eine bessere Transparenz für die Öffentlichkeit ermöglichen.

250 Das größte Problem im Bereich der Energiepolitik ist aber die Beherrschung der Netze. Zur Zeit laufen viele Konzessionsverträge für den Betrieb der lokale Netze aus, die in übergroßem Maße bislang von der EnBW Regional AG betrieben worden sind. Grundsätzlich gilt: Stadtwerke bieten den Kommunen große Vorteile in Bezug auf die Gewerbesteuer, den direkten energiepolitischen Einfluss, Synergieeffekte im Bezug auf städtebauliche Maßnahmen und – last but not least – die Möglichkeit, die erzielte Überschüsse aus dem Betrieb in der Kommune zu reinvestieren. All dies ist
255 ohne die Betreibung der Netze durch die Kommune nur schwer machbar, stellen doch zum einen die Netzgebühren für die Durchleitung von Strom, Gas (und Wasser) das finanziell solide Standbein dar (im Gegensatz zum risikoträchtigen Vertrieb von Energie), was zum anderen die Wirtschaftlichkeit von Stadtwerken ohne den Betrieb der Netze wirtschaftlich noch schwerer macht. Daher gilt
260 für die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg, dass es zur Rekommunalisierung der Netze keine sinnvolle Alternative gibt und diese vom Land durch zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften befördert werden muss. Weiterhin sieht die GRÜNE JUGEND es als Aufgabe der baden-württembergischen Regierung an, insbesondere kleinere Kommunen zu vernetzen und den Zusammenschluss von über- und interkommunalen Stadtwerken durch eine sachgerechte Moderation zu unterstützen.
265

Da dennoch leider kaum zu erwarten ist, dass alle Kommunen ihre Netze rekommunalisieren, muss die Landesregierung die im EnWG gesetzte Obergrenze für Dauer von Stromnetzkonzessionen von 20 Jahren auf 10 Jahre begrenzen, um mehr wettbewerbliche Dynamik im bestehenden monopolisierten Strommarkt zu gewährleisten. In diesem Fall (und auch ansonsten) gilt weiterhin, dass die
270 Netze in tadellosem Zustand bleiben müssen und nicht für einen größeren Profit die Instandhaltung zurückgefahren wird. Daher muss die Landesregierung die Landesregulierungsbehörde dazu veranlassen, das Recht auf Berichterstattung durch die Netzbetreiber über den Netzzustand und die Netzausbauplanung strikt wahrzunehmen (12 Abs. 3 a EnWG) und regelmäßig eine Schwachstellenanalyse zum Zustand der Netze regelmäßig von den Netzbetreibern einzufordern und zu
275 überprüfen. Ein letzter Punkt in diesem Kontext betrifft die Verfügbarkeit der Netze für kleinere,

insbesondere neue kommunale Anbieter und deren Marktfähigkeit im Verhältnis zu den bisherigen vier großen Stromkonzernen im Energiemarkt: Die Landesregulierungsbehörde, die dem Landwirtschaftsministerium unterstellt ist, muss die Einhaltung des EnWG strenger als bisher kontrolliert und das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) mit dem Ziel auslegen, kleinen Anbietern einen fairen Zugang zu den elektrischen Netzen zu erleichtern. Um diesen Aufgaben nachzukommen, soll die Landesregierung genug finanzielle Mittel und ausreichend Personal für die Landesregulierungsbehörde bereitstellen.

3 Verkehr

3.1 Mobilität als neue soziale und ökologische Frage

Eine der zentralen Aufgaben der politischen Exekutive ist ihre Lenkungswirkung für die zukünftige Entwicklung des Landes. Im Bereich Verkehr ist von dieser, abgesehen von der Ökosteuern, in den letzten Jahren keine effektive Methode verwirklicht worden, welche dem Individualverkehr nur entfernt zu Nahe treten könnte. Vor allem CDU und FDP haben sich immer wieder als Lobbyisten der Autofahrer versucht und blockieren eine vernünftige Steuerung der Mobilität, dabei sind Alternativen vorhanden und umsetzbar.

Bisher wird trotz steigender Benzin- und Gaspreise auf den weiteren Anstieg des Verkehrsaufkommens besonders in den Innenstadtbereichen und auf Autobahnen, mit dem Ausbau von Straßen, Tunnels und Überholspuren geantwortet. Im Hinblick auf die notwendigen CO₂-Reduktionen ist diese Politik ökologisch unverantwortlich, aber auch bei der zu erwartenden zukünftigen Entwicklung des Ölpreises technologisch nicht vorausschauend und nachhaltig. Persönliche Mobilität wird durch die Klimaerwärmung und die Ressourcenknappheit, nicht nur des Öls, eine der zentralen sozialen Fragen der nächsten Jahrzehnte werden, da besonders der private Verkehr nur mit großen Verzögerungen auf diese Veränderungen reagieren kann und deshalb eine nachhaltig steuernde Wirkung der Politik grundlegend notwendig ist.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND ein landesweites Konzept zur Reduktion der Treibhausgase und Umweltverschmutzung durch Verkehr, welches sich an den notwendigen Klimaschutzziele, 40% CO₂ Reduktion bis 2020 und 90% bis 2050, orientiert, sowie der Steuerung von Verkehr. Unsere Vorstellung eines solchen Konzepts in Baden-Württemberg stellen wir in den folgenden 2 Kapiteln vor.

3.2 Mobilität steuern

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg ist der Auffassung, dass es unerlässlich ist kurzfristig und als ersten Schritt die bestehenden Versäumnisse der Regierungspräsidien (besonders des RP Stuttgart) bei den regionalen Umsetzungen der EU-Feinstaubrichtlinie endlich die verzögerten Vorschläge umzusetzen, u.a. die schnelle Einführung der Stufe 3 der Umweltzonen, LKW-Fahrverbote etc. Da diese Maßnahmen alleine nicht ausreichen werden um die vorgeschriebenen EU-Feinstaubgrenzwerte wirklich einzuhalten, setzt sich die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg für komplett

- autofreie Stadtteile (Lieferverkehr ausgenommen) und für City-Mautzonen ein. Besonders in den jetzigen Umweltzonen der Stadtbereiche Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen, und Ulm sind die Einführung von Mautzonen für die Verkehrs-, CO₂ und Feinstaubreduktion sinnvoll.
- 315 Wir wollen deshalb gesetzliche Landesregelungen, die es den Kommunen freistellt, Mautzonen einzuführen, bei den notwendigen Verhandlungen mit der Bundesebene, u.a. wegen der notwendigen Mautpflicht von innerstädtischen Bundesstraßen, ist Baden-Württemberg als einer der größten Verschmutzer im Bereich Verkehr in der Pflicht, die Verantwortung zum Schutz von Klima und Gesundheit der Bürger zu übernehmen.
- 320 Dem Vorschlag einer elektronischen PKW-Maut erteilen wir dabei eine Absage und verweisen auf den hohen technischen Entwicklungsaufwand und eine große Problematik zwischen Datenschutz und Manipulationssicherheit, weswegen wir die alternativen Möglichkeiten aus der Kombination von Öko-, Mineralölsteuer und Citymautzonen für geeigneter halten.
- Für die von der Maut betroffenen BewohnerInnen in Städten sind durch günstige Car-Sharing-Konzepte eine Ergänzung zum Nahverkehr besonders einfach möglich. Das Hauptproblem beim Umstieg vom Auto auf den ÖPNV liegt in der begrenzten Flexibilität und der aufwendigen Art des Transports von Gegenständen, Einkäufen, Umzügen etc. Bei der Einführung von City-Mautzonen ist eine Kooperation mit Car-Sharing-Anbietern zu prüfen und gegebenenfalls für BesitzerInnen von Netz- und Zeitkarten zu rabattieren. Durch Vorzugsparkplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge kann der vorteilhafte Effekt einer kollektiven Nutzung von Fahrzeugen weiter verbessert werden. Besonders im Hinblick auf die zukünftigen Veränderungen im Antriebsbereich stellen Elektroautos perfekte Vorausbedingungen für Car-Sharing-Konzepte dar. Durch die Begrenzung der Reichweite von reinen E-Fahrzeugen auf ca. 50-100km sind diese für den innerstädtischen Verkehr prädestiniert. Insbesondere ist es durch intelligente und verteilte Verwaltungssoftware möglich, die Ladezyklen zu optimieren. Weiteres Potential besteht in Tarifsystemen, welche frühe Buchungen belohnen und Entfernungen im Vorfeld erfragt und somit Autos optimaler verteilen kann.
- 325
330
335
- Ein weiteres wichtiges Steuerelement muss über baldig eingeführte EU-weite und stringente CO₂-Emissionsobergrenzen für neuzugelassene Fahrzeuge, sowie eine Kerosinbesteuerung für Flugzeuge. Die Landesregierung soll sich über den Bundesrat und auf EU-Ebene dafür einsetzen.
- 340 Allerdings sind solch stringente Maßnahmen, nur in Verbindung mit dem massiven Ausbau des öffentlich Nah- und Mittelstreckenverkehrs besonders im ländlichen Raum, wie wir ihn im vorherigen Kapitel beschreiben, für die betroffenen Menschen akzeptabel. Die Zukunft fährt nicht mehr allein und über weite Strecken auf der Straße, sondern wieder in der Gruppe und mehr auf der Schiene.

3.3 Mobilität als Wirtschaftsfaktor

- 345 Eine der Schlüsselindustrien im Raum Stuttgart ist seit fast 100 Jahren die Automobilindustrie, deren Schwerpunkt bisher auf dem Bau von PKW liegt. Allerdings gibt es auch im Bereich Transport, Logistik und Personenbeförderung enormes Know-How, welches bei einem bewussten Ausbau des öffentlichen Nah- und Überlandverkehrsbereiches genutzt werden würde und nachhaltige Arbeitsplätze in der Region erhalten würde. Ein Umsteuern zu einer Ordnungspolitik, welche den

350 ökologischen und nachhaltigen Rahmen für die Verkehrsentwicklung eng vorgibt, birgt allerdings
enormes wirtschaftliches Potential. Dagegen stehen weitere Bausünden wie der immer wieder for-
cierte Ausbau des Stuttgarter Flughafens und der chronisch staugefährdeten Autobahnen Baden-
Württemberg. Die Wirtschaftlichkeitsrechnungen dieser Projekte beruhen auf weiteren utopischen
355 Wachstumsvorstellungen und berücksichtigen nicht den demographischen Wandel der Bevölke-
rung. Die Steigerung oder Stagnation des Verkehrsaufkommens kann sich Baden-Württemberg in
den nächsten Jahren nicht leisten und kann durch ein rechtzeitiges Umdenken in der Frage von
Mobilität und Warenverkehr enorm profitieren.

Eine der zentralen Fragen der nächsten Jahre wird sein, welche Mobilitätsformen den besten Kom-
promiss zwischen Ökologie, Reichweite, Verfügbarkeit und Finanzierung bieten. Die Forschung
360 muss hierbei in allen Bereichen gefördert werden und wird besonders bei der Antriebsart entschie-
den werden. Bisher zeigt die E-Mobilität große Möglichkeiten, ist aber zwangsläufig auch mit
großen gesellschaftlichen Verhaltensänderungen verknüpft, da die E-Mobilität kaum eine ähnliche
Reichweite gewährleistet wie fossile Antriebe heute. Dazu scheint Wasserstoff als Antriebsart von
Bussen und Transporteinheiten für weitere Strecken momentan die besseren Perspektiven zu ha-
365 ben.

Ebenso steckt in der Förderung des ÖPNV auch Potential für regionales Know-How. Die GRÜNE JU-
GEND Baden-Württemberg fordert eine drastische Reduktion der Gelder für Straßenneubau und in
Kooperation mit den Kommunen Investitionen in den ÖPNV vor allem in den ländlicheren Räu-
men. Ebenso setzen wir uns für verstärkte Entwicklungen in allen alternativen Antriebsbereichen
370 ein und fordern ein klares Steuerungs- und Förderungskonzept von den politischen Verantwortli-
chen.

4 Zukunft der Wirtschaft

4.1 Krise in BW - mit Grünen Ideen nach vorn

Das Absatzproblem der Automobilindustrie ist nicht durch die Finanzmarktkrise ausgelöst worden,
375 sondern bestand schon im Vorfeld. Ein ganzer Industriezweig weigert sich seit Jahren, Überkapazi-
täten (geschätzt wird weltweit eine Überkapazität von 30%) einzugestehen und die konventionel-
len, auf fossilen Brennstoffen basierenden Antriebsarten, in Frage zu stellen. Selbst eine Wirt-
schaftskrise historischen Ausmaßes hat diese Entwicklung nicht anstoßen können, unter anderem
weil die Politik ihre Steuerungsmittel genau dafür auch nicht nutzen wollte, sondern konservativ
380 versucht, an überkommenen Wirtschaftskonzepten festzuhalten. In Baden-Württemberg hängt im
Raum Stuttgart fast die Hälfte des Umsatzes von der verarbeitenden Industrie und 15% aller sozial-
versicherungspflichtig Beschäftigten der gesamten Region ab.

Gleichzeitig sind die Abhängigkeiten der Automobilindustrie, aber auch aller anderen verarbeitenden
Industriezweige, ungemein exportabhängig (Anteil des Auslandsumsatz 55%). Diese Entwick-
385 lung wurde durch die abgeflaute Binnennachfrage in den letzten 10 Jahren auch noch weiter ver-
stärkt. Arbeitsplätze, welche aus ökonomischen Gründen von Abwanderung bedroht waren, konn-
ten durch Zugeständnisse von Kommunen und Land gehalten werden. Diese positiven Gesichts-

390 punkte drehen allerdings bei einer Krise an den Absatzmärkten ins Negative und können den Verlust dieser Märkte nicht durch andere Maßnahmen ausgleichen. Die „Rettung“ der Arbeitsplätze erschien daher durch Kurzarbeit alternativlos, nur sind die eigentlichen Fehler, falsche Weichenstellungen im Vorfeld von Unternehmen aber auch der Politik kaum analysiert und bekämpft worden. Durch die unkontrollierte Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Kreditvergaben stehen alle strukturell notwendigen Veränderungen der Industrie noch aus. Gleichzeitig gerät das ganze Lohngefüge ins Wackeln, da Kurzarbeitergeld - ein Kombilohnmodell - durch die Hintertür eingeführt worden ist und die Schieflage der Sozialversicherungen enorm verschärft.

395 Nur eine breitere Aufstellung von mittelständischen Zulieferern, aber auch Großindustrieteilen, ist daher notwendig um solche externen Abhängigkeiten zu minimieren. Besonders die Entwicklung alternativer und nachhaltiger Ideen ist beim gegenwärtigen Interesse an „grünen“ Ideen eine Möglichkeit wieder verstärkt auf die eigene Binnennachfrage zu setzen. Ebenso sind die notwendigen
400 Klimaschutzziele mit der alten Wachstumsformel nicht im Ansatz vereinbar, daher ist engagiertes Handeln jetzt notwendig.

4.2 Faires Wirtschaften

In den industriellen Produktionsketten finden neben den ökonomischen Aspekten Ressourcengerechtigkeit, fairer Handel und Ökologie heute kaum Beachtung. Der Wunsch nach Gerechtigkeit betrifft dabei vor allem den Handel von Entwicklungsländern in zu den Industrienationen, bei dem der größte Anteil aus Rohstoffen und niedrigverarbeiteten Produkten besteht. Die Preise auf den Märkten entsprechen dabei kaum dem wahren Wert der gehandelten Waren oder den damit verbundenen ökologischen Belastungen für die exportierenden Staaten und Regionen. Eine Veränderung der Regeln und Rechte von globalem Handel ist ein Ziel, dass wir als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg als Vision für eine faire, soziale ökologische Welt für unerlässlich halten.

410 Trotz der übergeordneten Kompetenz in der Frage des globalen Handels muss auch ein größeres Bundesland wie Baden-Württemberg begreifen, dass schon heute Maßnahmen und Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Wegen des sehr großen Beitrags zu diesen Missständen durch den industriellen Schwerpunkt Baden-Württembergs besteht dazu sogar eine besondere Verantwortung.

415 Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg schlagen wir eine Initiative der Landesregierung vor, welche sich an 3 Zielen orientiert:

- Mehr Kreislaufwirtschaft zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen um den Wert der eingesetzten Stoffe besser auszunutzen.
- Ächtung von schädlichen und schlecht bzw. nicht recyclebaren Stoffen (besonders hormonell wirkende, persistente Stoffe wie Flammenschutzmittel und Weichmacher.)
420
- verstärkter Einsatz von regional verfügbaren Stoffen und bei importierten Stoffen ein stärkeres Engagement gegen die Umweltschäden und für faire Gegenleistung an das exportierende Land oder die Region.

Einhergehend mit dem Ausstieg aus der Atomenergie muss auch der konsequente Verzicht auf jeg-
425 lichen radioaktive Importe. Bisher besteht keine Möglichkeit den Uranabbau und Abbau von ande-
ren radioaktiven Stoffen sauber und ohne Gefährdung von Menschen durchzuführen. In der bishe-
rigen Praxis interessieren sich die importierenden Industrieländer und Wirtschaftsunternehmen
auch nicht für die Folgebelastrung der Menschen und der Umwelt vor Ort, sondern diskutieren
höchstens über die Form der Entsorgung. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert von der
430 Landes- und Bundesregierung einen sofortigen Importstopp für radioaktive Substanzen und Roh-
stoffe und die Übernahme der rechtlichen und finanziellen Verantwortung für die durch bisherige
Importe entstandenen Schäden.